

Silke Mende

Eine Partei nach dem Boom

Die Grünen als Spiegel und Motor ideengeschichtlicher
Wandlungsprozesse seit den 1970er Jahren

1. Ein gewaltfreier Spaziergang

Bei den Bundestagswahlen am 6. März 1983 zog mit den Grünen eine selbst ernannte „Anti-Parteien-Partei“ in den Bundestag ein, wobei nicht abzu- sehen war, dass sich die neue Kraft fest in Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik etablieren sollte. Als sich am 29. März 1983 der zehnte Deutsche Bundestag konstituierte, sprachen dennoch viele Zeitgenossen von einem denkwürdigen Tag in der westdeutschen Parlamentsgeschichte. Große Medienaufmerksamkeit konnte sich die grüne Bundestagsfraktion also gewiss sein, und sie machte sich ausführlich Gedanken darüber, wie diese zu nutzen sei, um ihren Anliegen und ihrem Politikverständnis Aus- druck zu verleihen. Bei einem „gewaltfreien Spaziergang“, den die Fraktion vom Bonner Hauptbahnhof über die Innenstadt bis zum Bundeshaus un- ternahm, wurde sie bis zu den Pforten des Parlaments von zahlreichen Ver- tretern ihrer „Basis“ begleitet, den Mitgliedern deutscher und ausländischer Bürgerinitiativen. Die Abgeordneten trugen Blumentöpfe und Nadelzweige, zwei schulterten gar einen vom Waldsterben gezeichneten Nadelbaum, auch ein großer Luftballon fehlte nicht, der den bedrohten „blauen Planeten“ symbolisieren sollte. Die Botschaft lautete: Hier kommt nicht nur eine Handvoll grüner Abgeordneter, mit ihnen zieht die gesamte grüne Bewegung in den Bundestag ein¹.

Diese Szene ist inzwischen Teil der bundesdeutschen Zeitgeschichte geworden – und die Grünen sind ein fest etablierter Bestandteil im Parteien- system der Bundesrepublik: Zwischen 1998 und 2005 stellten sie gemeinsam mit der SPD die Bundesregierung, und seit Mai 2011 regiert mit Winfried Kretschmann in Baden-Württemberg der erste grüne Ministerpräsident. Dies hat einmal mehr den Blick darauf gelenkt, dass die Grünen mehr sind

¹ Vgl. Die Grünen im Bundestag. Sitzungsprotokolle und Anlagen 1983–1987, Teilbd. 1, hrsg. von Josef Boyer und Helge Heidemeyer, Düsseldorf 2008, S. 48f., Dok. 9: 22. 3. 1983 – Fraktions Sitzung, Anlage B: Szenariovorschlag von Heinz Suhr für die konsti- tuierende Sitzung, und Süddeutsche Zeitung vom 30. 3. 1983: „Das Hohe Haus unter- drückt sein Staunen“ (Martin E. Süskind); dort auch das Zitat von Petra Kelly.

als eine klassische linke Partei: Der engagierte Katholik und Wertkonservative Kretschmann steht für Themen und Denkfiguren, die neben einer ganzen Reihe weiterer Traditionsstränge ebenfalls ihren Platz in der grünen Partei haben.



Die erste Fraktion der Grünen auf dem Weg zur konstituierenden Sitzung des 10. Deutschen Bundestags am 29. März 1983 (Quelle: dpa).

Als sich die Grünen am 12. und 13. Januar 1980 in Karlsruhe als Bundespartei konstituierten, war die neuartige ideologische Mischung, die sie repräsentierten, noch weitaus deutlicher erkennbar: Ihr Spektrum reichte von konservativen Naturschützern über verschiedene Verfechter eines Dritten Wegs – darunter Anhänger völkischer Denkmuster – bis hin zu undogmatischen Linken und Teilen kommunistischer Kadergruppen. „Nicht rechts, nicht links, sondern vorn“ lautete denn auch eine häufige Selbstcharakterisierung aus grünen Gründungstagen, mit der die Protagonisten hervorheben wollten, dass es eine Partei wie die ihre noch nicht gegeben hatte. Doch wie neu waren die Grünen wirklich und inwiefern spiegelten sie jene Veränderungen der 1970er Jahre wider, die von der zeithistorischen

Forschung mit markanten Etiketten wie „Das Ende der Zuversicht“ oder „Nach dem Boom“ belegt worden sind?²

Mit den „Gründungsgrünen“ steht eine politisch-ideologische Formation der 1970er und frühen 1980er Jahre im Mittelpunkt dieses Beitrags, die aus politik- und sozialwissenschaftlicher Perspektive bereits zeitgenössisch große Aufmerksamkeit auf sich gezogen hat³. Im Folgenden geht es vor allem darum, die Entstehung von grüner Bewegung und Partei aus geschichtswissenschaftlicher Perspektive zu beleuchten und nach ihrer Verankerung im Kontext jener Transformationsprozesse der 1970er Jahre zu fragen, die seit einiger Zeit zu einem Lieblingsthema der gegenwartsorientierten Zeitgeschichte geworden sind⁴. Wie fügt sich die Formierung der westdeutschen Grünen in die unterschiedlichen Interpretamente der „siebziger Jahre“ ein? Diese Frage soll in zwei Etappen beleuchtet werden. Der erste Teil resümiert knapp die wichtigsten Stationen in der Formierungsphase und wirft – mit Blick auf die Gründungsgeneration – die Frage nach Kontinuität und Bruch auf. Der zweite Abschnitt gilt dann den Entstehungsbedingungen der jungen Partei: Inwiefern war sie ein Reflex der gewandelten ideenhistorischen Rahmenbedingungen der Bundesrepublik und auf welchen Feldern setzte sie selbst Impulse der Veränderung?

2. Ein breites Spektrum: die Vielfalt grüner Traditionsbestände

Seit den 1960er Jahren betraten in der Bundesrepublik wie überall in Westeuropa neue Akteure die politisch-öffentliche Bühne; das parlamentarische Parteiensystem wurde von außerparlamentarischen Gruppen und Bewegungen herausgefordert. Das begann mit der APO und der Studentenbewegung und setzte sich fort mit den sogenannten Neuen Sozialen Bewegungen, die das Bild der 1970er und 1980er Jahre bestimmten. Dazu zählten sowohl eine breit gefächerte Alternativbewegung, die vor allem das antiautoritäre Erbe der „68er“ repräsentierte, als auch die Bürgerinitiativen. Diese Gruppierung

² Vgl. Konrad Jarausch (Hrsg.), *Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte*, Göttingen 2008; Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael, *Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970*, Göttingen 3., ergänzte Aufl. 2012.

³ Vgl. z. B. Joachim Raschke, *Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind*, Köln 1993; Andrei S. Markovits/Philip S. Gorski, *Grün schlägt Rot. Die deutsche Linke nach 1945*, Hamburg 1997.

⁴ Der Beitrag beruht auf den Ergebnissen meiner Dissertation: „Nicht rechts, nicht links, sondern vorn“. *Eine Geschichte der Gründungsgrünen*, München 2011.

gen machten erstmals Ende der 1960er, Anfang der 1970er Jahre auf sich aufmerksam und sprachen vor allem Menschen an, die bis dato nicht im außerparlamentarischen Raum politisch aktiv gewesen waren⁵. In der Praxis waren die unterschiedlichen Gruppen und Organisationsformen nicht immer klar zu trennen. Man arbeitete zusammen, protestierte gemeinsam und vernetzte sich: Seit 1977 wurden dann erste konkrete Schritte auf dem Weg in die Parlamente unternommen. Zunächst in den Kommunen, dann in den Ländern und schließlich im Bund gründeten sich grüne, bunte und alternative Listen, die bei Wahlen kandidierten und schnell Erfolge feierten.

Der hier nur in Umrissen skizzierte Weg von den ersten Bürger- und Basisinitiativen bis zur Gründung der grünen Bundespartei im Januar 1980 verlief jedoch nicht ohne Umwege. Diese Form der institutionellen Entwicklung war nur eine von mehreren möglichen, denn viele Aktivisten standen der Gründung grüner Listen und Parteien ablehnend gegenüber. Und auch diejenigen, die diesen Weg mitgingen, blieben lange Zeit skeptisch. Bei der Formierung der Grünen handelte es sich mithin um einen zunächst dezentralen Prozess, der auf kommunaler Ebene begann und dann sehr stark von den Entwicklungen in den einzelnen Bundesländern beeinflusst wurde⁶. Dennoch spielten einzelne Netzwerke, Organisationen und Persönlichkeiten eine wichtige Rolle, die häufig – freilich nicht immer – in spezifischen Teilmilieus der Neuen Sozialen Bewegungen verankert waren. Sie standen in ganz unterschiedlichen ideologischen Traditionen, die auf vielfältige Erfahrungszusammenhänge und Prägekräfte des 20. Jahrhunderts verwiesen. In idealtypischer Weise lassen sich fünf Netzwerke beziehungsweise Diskussionszusammenhänge herauspräparieren, die die Formierung der Grünen entweder auf organisatorischer Ebene stark beeinflussten oder aber der neuen Partei viele Mitglieder zuführten.

Auf der rechten Seite des grünen Gründungsspektrums fand sich eine Gruppe Konservativer, die vor allem in der Entstehungsphase recht einflussreich war und sich zunächst vornehmlich um eine einzelne Person scharte: den ehemaligen CDU-Bundestagsabgeordneten Herbert Gruhl, der

⁵ Vgl. Roland Roth/Dieter Rucht (Hrsg.), *Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch*, Frankfurt a. M./New York 2008; Sven Reichardt/Detlef Siegfried (Hrsg.), *Das alternative Milieu. Antibürgerlicher Lebensstil und linke Politik in der Bundesrepublik Deutschland und Europa 1968–1983*, Göttingen 2010, sowie Cordia Baumann/Sebastian Gehrig/Nicolas Büchse (Hrsg.), *Linksalternative Milieus und Neue Soziale Bewegungen in den 1970er Jahren*, Heidelberg 2011.

⁶ Vgl. Lilian Klotzsch/Richard Stöss, *Die Grünen*, in: ders. (Hrsg.), *Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980. Sonderausgabe Bd. 3: EAP bis KSP*, Opladen 1986, S. 1509–1598.

durch seinen 1975 erschienenen Bestseller „Ein Planet wird geplündert“⁷ vom Hinterbänkler der Union zum bedeutenden Ideengeber der Umweltbewegung und Mitbegründer der Grünen avancierte. Ihr Ideengebäude beruhte auf dem Aspekt der Bewahrung, der vor allem die natürlichen Lebensgrundlagen betraf, aber auch andere Politikfelder durchdrang. Dieses Konservatismus-Verständnis unterschied sich deutlich von dem, das insbesondere die Unionsparteien in den 1970er Jahren repräsentierten. Den positiven Bezugspunkt bildete eine vormoderne Idylle, wie sie vermeintlich vor der Durchsetzung der modernen Industriegesellschaft existiert hatte. Darüber hinaus vertraten sie ein durchweg konventionelles Politikverständnis, das zum Schutz der Umwelt auf einen „starken Staat“ setzte und mit alternativen Modevokabeln wie „Dezentralität“ oder „Basisdemokratie“ nur wenig anzufangen wusste.

Eine zweite Gruppe verband das Prinzip des „Gemeinschaftsdenkens“. Die Vertreter dieser Richtung waren zumeist in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts geboren und maßgeblich vor 1945 sozialisiert worden. Vor allem die Unsicherheitserfahrungen der Zwischenkriegszeit, aber auch die Ideen im weiteren Umfeld der „Konservativen Revolution“ sowie völkischer Kreise spielten hierbei eine bedeutsame Rolle. So vertraten die Angehörigen des Netzwerks eine spezifische Vorstellung von „Gemeinschaft“, die sie dem westlich-liberalen Begriff von „Gesellschaft“ gegenüberstellten. Die in der ersten Jahrhunderthälfte festgezurrtten ideellen Grundlagen wurden weitgehend unverändert in die Nachkriegszeit übernommen und, begrifflich wie inhaltlich nur geringfügig modifiziert, in neue politische Zusammenhänge eingebracht. An der Wende zu den 1970er Jahren waren es die Themen und Erfahrungszusammenhänge der Neuen Sozialen Bewegungen, die diesem Netzwerk eine vielversprechende Projektionsfläche boten⁸.

Eine wichtige Rolle bei der Formierung der Grünen spielte außerdem ein anthroposophisches Netzwerk, dem es darum ging, die im frühen 20. Jahrhundert entwickelte Lehre Rudolf Steiners als politisch-gesellschaftliche Aufgabe zu begreifen und sie mit den Herausforderungen der 1960er und 1970er Jahre in Einklang zu bringen. Stilbildend für die Mehrheit der anthroposophisch geprägten Anhänger der Grünen waren die Erfahrungen und Prägekräfte im Umfeld von Neuer Linker, APO und Studentenbewegung.

⁷ Herbert Gruhl, Ein Planet wird geplündert. Die Schreckensbilanz unserer Politik, Frankfurt a. M. 1975.

⁸ Vgl. Richard Stöss, Vom Nationalismus zum Umweltschutz. Die Deutsche Gemeinschaft/Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher im Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1980.

Ganz anders als etwa die konservativen Naturschützer wiesen sie eine gewisse Schnittmenge zu Habitus und politischem Stil der „68er“ auf. Darüber hinaus gab es personelle Überschneidungen mit einer vierten Gruppe, der undogmatischen Linken.

Die undogmatische Linke stellte mit weitem Abstand das meiste Personal für die grüne Bewegung und Partei. Hervorgegangen aus der „68er“-Bewegung grenzte sie sich einerseits von der als „staatsfromm“ gebrandmarkten Sozialdemokratie und andererseits von den dogmatischen Experimenten der kommunistischen Kadergruppen ab⁹. Stattdessen setzte sie auf Dezentralität, Selbstorganisation und Basisbezug und war teilweise eng mit der Alternativszene verflochten. In der vielschichtigen undogmatischen Linken erwiesen sich für die Formierung der Grünen insbesondere zwei Gruppierungen als besonders wichtig: zum einen die Frankfurter Spontis mit ihrer Mischung aus Radikalität und revolutionärem Unernst¹⁰, zum anderen das „Sozialistische Büro“ mit Sitz in Offenbach, das als Kommunikationsplattform eine herausgehobene, wenn auch bisher wenig beachtete Rolle in der Geschichte der undogmatischen Linken spielte¹¹. Die undogmatische Linke erwies sich nicht nur personell als besonders einflussreich für die weitere Geschichte der Grünen, sondern war auch mit Blick auf das Politikverständnis und den politischen Stil der Partei von großer Bedeutung. Viele der Organisations- und Politikformen, die wir auch heute noch von den Grünen kennen, wurden von ihr bereits zuvor erprobt.

Fünftens spielten schließlich die Zerfallsprodukte der dogmatischen Linken für den grünen Gründungsprozess eine Rolle. Allerdings greift es zu kurz, von einer bloßen Unterwanderung der Grünen durch die K-Gruppen zu sprechen. Die grüne Wahlbewegung schien manchen von ihnen als Rettungsanker und neues Medium zur Durchsetzung ihrer bisherigen Forderungen. Die alltägliche Begegnung in unterschiedlichen Arbeitszusammenhängen führte jedoch gleichzeitig zu wechselseitigen Annäherungen¹². Die kommunistischen Kadergruppen hatten ihr Heil in dogmatischen Politikexperimenten gesucht, die im letzten Drittel der 1970er Jahre in einer tiefen Identitäts-

⁹ Vgl. Michael März, *Linker Protest nach dem Deutschen Herbst. Eine Geschichte des linken Spektrums im Schatten des „starken Staates“, 1977–1979*, Bielefeld 2012.

¹⁰ Vgl. Wolfgang Kraushaar, *Die Frankfurter Sponti-Szene. Eine Subkultur als politische Versuchsanordnung*, in: *AfS* 44 (2004), S. 105–121.

¹¹ Vgl. Gottfried Oy, *Spurensuche Neue Linke. Das Beispiel des Sozialistischen Büros und seiner Zeitschrift links. Sozialistische Zeitung (1969 bis 1997)*, Berlin 2007.

¹² Vgl. Michael Steffen, *Geschichten vom Trüffelschwein. Politik und Organisation des Kommunistischen Bundes 1971 bis 1991*, Berlin u. a. 2002.

krise mündeten¹³. Stärker noch als die Vertreter der undogmatischen Linken versuchten sie daher, Ökologie und Marxismus in der neuen grünen Partei miteinander in Einklang zu bringen.

In der politischen Praxis gab es zwischen diesen Netzwerken durchaus Überschneidungen, teilweise lange bevor die grüne Parteigründung zur Diskussion stand. Darüber hinaus finden sich selbstredend Frauen und Männer, die sich dieser idealtypischen Einteilung entzogen, welche vor allem dazu dienen sollte, die Heterogenität grüner Gruppen, Traditionen und Programme zu verdeutlichen. Ideengeschichtlich reichen manche Traditionslinien bis ins frühe 20. Jahrhundert zurück. Für die meisten Aktivisten der Gründungsphase bildeten jedoch, allein generationell, die „langen sechziger Jahre“ den zentralen politischen Sozialisations- und Erfahrungsraum¹⁴.

3. Neue Themen und Akzente

Die Formierung der Grünen ebenso wie die der eng mit ihnen verbundenen Protestbewegungen ist nicht zu trennen von den gesellschaftlichen Strukturen und Entwicklungen, die die westeuropäischen Industriegesellschaften seit den späten 1960er Jahren kennzeichneten. Das betraf zunächst die Einschnitte und Veränderungen im ökonomischen Bereich. An die Stelle der Hoffnung auf „immerwährende Prosperität“ (Burkart Lutz) und unbegrenztes Wachstum trat zunehmend die Angst vor Arbeitslosigkeit und Rezession. Gleichzeitig geriet das Paradigma von Planung und Reform ins Wanken¹⁵. Davon blieb die ambitionierte Gesellschaftspolitik der sozialliberalen Koalition nicht unberührt. Das Motto „Mehr Demokratie wagen“ wich zunehmend Schlagworten wie „Radikalerlass“, „Repression“ und „Terroristenjagd“, die vor allem von linken Kritikern gegen die regierende Sozialdemokratie in Stellung gebracht wurden. Der Kanzlerwechsel von Willy Brandt zu Helmut Schmidt bildete für viele eine sinnfällige Zäsur.

Mit der ökologischen Frage drängte ab Beginn der 1970er Jahre ein neues Thema massiv auf die öffentliche Agenda, das ebenso Anlass zu pessimistischen Prognosen gab. Die ökologische Frage manifestierte sich in mehreren großen Umweltkatastrophen und wurde durch die alltägliche

¹³ Vgl. Andreas Kühn, *Stalins Enkel, Maos Söhne. Die Lebenswelt der K-Gruppen in der Bundesrepublik der 70er Jahre*, Frankfurt a. M./New York 2005.

¹⁴ Vgl. Axel Schildt/Detlef Siegfried/Karl Christian Lammers (Hrsg.), *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften*, Hamburg 2000.

¹⁵ Vgl. Gabriele Metzler, *Am Ende aller Krisen? Politisches Denken und Handeln in der Bundesrepublik der sechziger Jahre*, in: HZ 275 (2002), S. 57–103.

Konfrontation mit Umweltverschmutzung und Naturzerstörung vor Ort für den Einzelnen konkret erfahrbar¹⁶. Ein apokalyptischer Grundton, der bereits Teile der Umwelt- wie der Antiatombewegung kennzeichnete, wurde schließlich gegen Ende des Jahrzehnts nochmals verstärkt durch die Sorge um den Frieden: Der NATO-Doppelbeschluss und der Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan beendeten 1979 eine Phase der Entspannung im Ost-West-Konflikt¹⁷.

Die grüne Bewegung war im Kontext dieser neuen Problemhorizonte entstanden. Die hier nur kurz benannten Themen – Wirtschaft und geplante Gesellschaftsreform, Umwelt und Frieden – wurden von ihren Anhängern häufig als Teilaspekte einer umfassenden Krise wahrgenommen, als deren Ursache die entwickelte, arbeitsteilige und hochkomplexe Industriegesellschaft galt. Sie waren deshalb vielfach davon überzeugt, in einer Art Endzeit zu leben. Das Denken zahlreicher Grüner zeichnete sich daher durch einen intensiven Krisendiskurs aus, der mitunter geradezu apokalyptische Züge trug¹⁸. „Das Auftreten der Grünen“, so ein Vertreter des anthroposophischen Netzwerks, „ist ein Ereignis der letzten Phase eines geschichtlichen Entwicklungsprozesses, an dessen Ende entweder eine zerstörte Erde oder eine planetarische soziale Erneuerung stehen wird.“¹⁹ So ernst diese Äußerungen von Angst und Krise zu nehmen sind, so sehr gilt es sie jedoch gleichzeitig auf ihren konkreten Kontext hin zu befragen. Denn einerseits gehörten Krisen- und Endzeittopoi zum Grundduktus einiger Gründungsnetzwerke wie der eben zitierten Anthroposophen. Andererseits wurde, gerade auf der Ebene der grünen Entscheider, häufig strategisch mit der „Krise“ argumentiert. In internen Auseinandersetzungen sollte damit Einheit und Harmonie gestiftet werden. Und nach außen hin konnte man sich als Alternative zu den etablierten Parteien positionieren, deren Politik die Krise ja scheinbar erst hervorgerufen hatte²⁰. Die Mehrzahl der Gründungsgrünen

¹⁶ Vgl. Jens Ivo Engels, *Naturpolitik in der Bundesrepublik. Ideenwelt und politische Verhaltensstile in Naturschutz und Umweltbewegung 1950–1980*, Paderborn u. a. 2006.

¹⁷ Vgl. Christoph Becker-Schaum u. a. (Hrsg.), „Enrüstet Euch!“ *Nuklearkrise, NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung*, Paderborn u. a. 2012.

¹⁸ Vgl. Annkatrin Gebauer, *Apokalyptik und Eschatologie. Zum Politikverständnis der Grünen in ihrer Gründungsphase*, in: *AfS* 43 (2003), S. 405–420.

¹⁹ Wilfried Heidt, *Die ökologische Krise als soziale Herausforderung. Zur gesellschaftlichen Konzeption der grünen Alternative. Ein dritter Weg jenseits von Kapitalismus und real existierendem Sozialismus*, in: Hans-Werner Lüdke/Olaf Dinné (Hrsg.), *Die Grünen. Personen, Projekte, Programme*, Stuttgart 1980, S. 81–99, hier S. 81.

²⁰ Beschäftigt man sich mit den Krisendiskursen der 1970er Jahre, die gerade in den Quellen zu den Grünen omnipräsent sind, können die Forschungen zu den Krisen-

schien überzeugt, das Ruder noch herumreißen zu können und selbst den besten Steuermann abzugeben. Über den Ausweg aus der Katastrophe gab es allerdings viele und durchaus konträre Meinungen. Allein die grundsätzliche Richtung war oft genug umstritten. Im grünen Krisendiskurs waren sowohl die Bilder von „Umkehr“, „Kehrtwende“ oder „Vollbremsung“ verbreitet als auch Motive eines „Aufbruchs“ zu neuen Ufern.

In diesem Sinne signalisierten die grünen Krisendiskurse gleichfalls einen veränderten Umgang mit den vorherrschenden Konzepten von Fortschritt – einer Schlüsselkategorie moderner Industriegesellschaften. Seit dem Eintritt ins Atomzeitalter war ein Ende der Geschichte durch die nukleare Selbstvernichtung der gesamten Menschheit denkbar geworden²¹. Im Zuge der Debatte um Kernenergie und Atomraketen gewann diese Vorstellung Ende der 1970er, Anfang der 1980er Jahre erneut an Gewicht. Fortschritts skeptische Stimmen, die in den Jahrzehnten des Nachkriegsbooms kaum mehr zu hören waren, wurden nun wieder lauter. Damit ging eine Neu- beziehungsweise Re-Definition des bis dahin vorherrschenden Fortschrittsverständnisses einher. Während einige Gründungsgrüne die Kategorie des Fortschritts prinzipiell infrage stellten, plädierte die Mehrzahl für eine Rückbesinnung auf die humanistischen Grundlagen. Ihnen geriet ein Fortschrittsverständnis zur Zielscheibe, das in den „langen sechziger Jahren“ nahezu vollständig auf technische und materielle Aspekte reduziert worden war.

Auch darüber hinaus setzten die einzelnen Gruppen mit Blick auf die drängenden Herausforderungen und Fragen, denen sich Politik und Gesellschaft gegenüberstehen, durchaus unterschiedliche Akzente. Die linken Netzwerke taten sich etwa mit dem zunächst genuin konservativen Thema Umwelt schwer und näherten sich dem Zielkonflikt Ökologie versus Ökonomie zunächst stärker über die wirtschaftlichen Niedergangserscheinungen an. Eine Art ökologischen Lernprozess leitete vor allem der Konflikt um die zivile Nutzung der Kernenergie ein. Bis dahin, so ein selbstkritischer Autor in der Frankfurter Alternativzeitschrift „Pflasterstrand“, war die Linke „fortschrittsbesessen und bekämpfte den kriegerischen Atomtod, ohne die Drohung des friedlichen Atomsterbens zu ahnen“²². Umgekehrt verhielt es sich

diskursen der Zwischenkriegszeit auch den Blick auf die 1970er Jahre schärfen, bevor auch diese vorschnell zu einem Jahrzehnt der Krise ausgerufen werden. Vgl. etwa Rüdiger Graf, *Die Zukunft der Weimarer Republik. Krisen und Zukunftsaneignungen in Deutschland 1918–1933*, München 2008.

²¹ Vgl. Michael Salewski (Hrsg.), *Das Zeitalter der Bombe. Die Geschichte der atomaren Bedrohung von Hiroshima bis heute*, München 1995.

²² Pflasterstrand Nr. 15/1977: „Wie die Linke so manches verpennt...“

bei dem für die Grünen so wichtigen Thema Staats- und Institutionenkritik²³: Während sich weite Teile der bundesdeutschen Linken längst nicht nur von den staatlichen Institutionen, sondern auch der regierenden SPD entfernt hatten, öffneten sich andere Gruppen diesem Problemkreis erst im Kontext der Antiatombewegung. So notierte etwa ein Vertreter der Wahlliste Hameln-Pyrmont:

„Die meisten von uns haben sich früher darauf beschränkt, am Wahltag ihre Stimme abzugeben. Im Widerstand gegen die Atompolitik haben wir gelernt, den Berufspolitikern und den verantwortlichen Stellen zu misstrauen.“²⁴

In dem Maße wie der Kernenergiekonflikt die Ökologieproblematik für linke Gruppen erfahrbar machte, entfremdete er dem Staat eine ganze Reihe ehemals fest in seiner politischen Kultur verwurzelter Bürger. In diesem Zusammenhang hatten vor allem die gewalttätigen Auseinandersetzungen um die Kernenergie, die die Demonstrationen des Jahres 1977 begleiteten, eine katalytische Wirkung.

Ungeachtet dieser Sachthemen und eines damit verbundenen Krisendiskurses war im Umfeld der Grünen eine allgemeine Orientierungslosigkeit erkennbar, die sich bei allen relevanten Gründungsgruppen in unterschiedlicher Weise zeigte. Eng damit verbunden war ein Moment, das vor allem für die Grünen eine zentrale Rolle spielte: die Überzeugung, dass das traditionelle Rechts-Links-Schema an Wirksamkeit und Erklärungskraft verlor. In den 1970er Jahren war man sich vielfach nicht mehr darüber klar, was man unter „rechts“ und „links“, unter „konservativ“ und „progressiv“ zu verstehen habe; damit geriet aber auch die eigene politische Identität ins Schwimmen. Die Themen der Neuen Sozialen Bewegungen, allen voran Umweltzerstörung und Wachstumskritik, schienen die gewohnten politischen Zuschreibungen auf den Kopf zu stellen. Die Ökologieproblematik belastete vor allem die linken Gründungsnetzwerke. Kaum eine Frage verwies stärker darauf, dass die Prämissen eines traditionell sozialistischen Ansatzes nicht mehr griffen. Dementsprechend fragte sich der damalige Frankfurter Sponti Joschka Fischer:

„Was ist denn in der Ökologie noch das alte Links und Rechts, was mit den bewährten Klassenkampffronten und der kommunistischen Utopie der befreiten Produktivkräfte, die heute doch wohl eher als gruselige Science-fiction erscheint.“²⁵

²³ Vgl. hierzu auch März, Linker Protest.

²⁴ BUU-Info zu den Bürgerschaftswahlen, S. 5: Plattform der Wahlliste Hameln-Pyrmont.

„Ehrliche Ratlosigkeit“ angesichts der unübersichtlich gewordenen Gegenwart empfand auch das Sozialistische Büro:

„Das erste und zentrale Problem unserer Politik z.Zt. besteht in einer tiefen Verunsicherung darüber, was sozialistische Politik heute sein könnte. [...] Die Begriffe, mit denen wir Gesellschaft analysieren und unsere politische Arbeit begründen – diese Begriffe sind uns allen unklar geworden.“²⁶

Von dem, was zeitgenössisch als „Krise des Marxismus“²⁷ oder weiter gefasst als „Krise der Linken“ bezeichnet wurde, waren weite Teile der bundesdeutschen, aber auch der westeuropäischen Linken jenseits der Sozialdemokratie betroffen²⁸. Diese veritable Identitätskrise wurde durch ein ganzes Bündel von Entwicklungen verursacht, das die Frage nach der Gültigkeit bisheriger linker Theorie aufwarf: das Stillschweigen der Arbeiterklasse trotz steigender Arbeitslosigkeit und empfindlicher wirtschaftlicher Strukturkrisen, die Wirkungslosigkeit sozialistischer Rezepte in der spätkapitalistischen Gesellschaft und nicht zuletzt die Sprachlosigkeit linker Theorie angesichts der ökologischen Herausforderung. Im bundesdeutschen Kontext machte sich diese „Krise der Linken“ etwa in der Erosion der K-Gruppen oder auch den Suchbewegungen der undogmatischen Linken bemerkbar. Aus beiden Spektren kamen wichtige Impulse für die Gründung der Grünen, wobei die „Krise der Linken“ eine zentrale Hintergrundfolie für ihre ökologische Neuorientierung bildete. Diejenigen Strömungen und Gruppen, die aus dem breiten Sammelbecken der bundesdeutschen Linken zu den Grünen fanden, hatten also in den 1970er Jahren markante Veränderungsprozesse durchlaufen: Das, was „1968“ noch links war, galt für die linken Gründungsgruppen der Grünen so nicht mehr.

Diese linken Selbstverständnissedebatten fanden ihr Pendant in den konservativ orientierten Gruppen der späteren Grünen, die ihren gesellschaftspolitischen Bezugspunkt häufig noch in den 1950er Jahren hatten. Damals sei die CDU noch eine klassische konservative Partei gewesen. Dann, so etwa Herbert Gruhl, habe die verhängnisvolle Abkehr des Konservatismus von seinen fortschrittsskeptischen Wurzeln begonnen. Denn konservativ

²⁵ Joschka Fischer, Warum eigentlich nicht, in: ders., Von grüner Kraft und Herrlichkeit, Reinbek bei Hamburg 1984, S. 88–98, hier S. 97 (erstmalig: Pflasterstrand Nr. 40/1978).

²⁶ Reinhard Fenchel u. a., Sozialistisches Büro: Organisation „ehrllicher Ratlosigkeit“? Einleitungsreferat zur Arbeitsgruppentagung am 6./7. 12. 1980 in Marburg, in: links Nr. 130 vom Januar 1981, S. 24–27, hier S. 24.

²⁷ Louis Althusser, Die Krise des Marxismus, Hamburg 1978.

²⁸ Vgl. den Beitrag von Martin Kindtner in diesem Band.

sein heiße doch, „dem Lebendigen den Vorzug vor dem Mechanischen zu geben“. In der Nachkriegszeit habe ein „schamloser Verrat der wahren konservativen Gesinnung vonseiten der angeblich ‚konservativen‘ und ‚christlichen‘ Parteien“ stattgefunden²⁹. Was in Äußerungen wie dieser durchscheint, ist eine entschiedene Kritik an jenem einflussreichen Waffenstillstand, den die konservative Kulturkritik nach dem Zweiten Weltkrieg mit der technischen Moderne geschlossen hatte³⁰. Ungeachtet dessen lassen sich die Überlegungen der konservativen Grünen vor dem Hintergrund zeitgenössischer Selbstverortungsdebatten des bundesdeutschen Konservatismus betrachten, die selbstredend weit über die konservativen Gründungsnetzwerke der Grünen hinausreichten³¹.

In den Augen der Gründungsgrünen förderten also sowohl die „Krise der Linken“ als auch die Selbstverstndnisdebatten der Konservativen die Einsicht, dass sich viele althergebrachte Parameter überlebt hatten und zusammen mit zahlreichen anderen Haltepunkten ins Wanken geraten waren. Diese Unsicherheit gegenüber beiden ideologischen Polen verlieh wiederum den Grünen Auftrieb, die, wie die ältere Generation der Gemeinschaftsdenker oder die Kerngruppe des anthroposophischen Netzwerks, solche Frontstellungen seit jeher negiert hatten und die nun ihre harmonistischen Konzepte aus der ersten Jahrhunderthälfte im neuen Gewande umsetzen wollten. Vor allem sie waren es, die beispielsweise das mit vielerlei Traditionen aufgeladene Schlagwort des Dritten Wegs propagierten³². Unabhängig von der inhaltlichen Stoßrichtung stand der Topos vom Dritten Weg allerdings

²⁹ Herbert Gruhl, Die uberlebensnotwendigkeit ökologischer Politik. Grundsatzrede auf dem Grndungsparteitag der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP) am 6. Mrzt 1982 in Bad Honnef, Bad Honnef 1982, S. 5.

³⁰ Vgl. etwa Paul Nolte, Die Ordnung der deutschen Gesellschaft. Selbstentwurf und Selbstbeschreibung im 20. Jahrhundert, München 2000, S. 208–235, sowie Axel Schildt, Moderne Zeiten. Freizeit, Massenmedien und „Zeitgeist“ in der Bundesrepublik der 50er Jahre, Hamburg 1995, S. 324–350.

³¹ Vgl. Axel Schildt, „Die Kräfte der Gegenreform sind auf breiter Front angetreten“. Zur konservativen Tendenzwende in den Siebzigerjahren, in: Afs 44 (2004), S. 449–478; Rüdiger Graf, Die Grenzen des Wachstums und die Grenzen des Staates. Konservative und die ökologischen Bedrohungsszenarien der frühen 1970er Jahre, in: Dominik Geppert/Jens Hacke (Hrsg.), Streit um den Staat. Intellektuelle Debatten in der Bundesrepublik 1960–1980, Göttingen 2008, S. 207–228, sowie Massimiliano Livi/Daniel Schmidt/Michael Sturm (Hrsg.), Die 1970er Jahre als schwarzes Jahrzehnt. Politisierung und Mobilisierung zwischen christlicher Demokratie und extremer Rechter, Frankfurt a. M./New York 2010.

³² Vgl. etwa Roland Sturm, Der Dritte Weg. Königsweg zwischen allen Ideologien oder selbst unter Ideologieverdacht?, in: APuZ 16–17/2001, S. 3–15.

vor allem für eine Ratlosigkeit bei der Suche nach Konzepten, mit denen sich die Krise hätte bewältigen lassen. Dabei handelte es sich indes um eine Ratlosigkeit, die die frühen Grünen mit weiten Teilen der bundesdeutschen Gesellschaft in den 1970er und frühen 1980er Jahren teilten.

Was an die Stelle der überholten Kategorien und Begriffe treten sollte, blieb also häufig vage. Diese Ungewissheit gegenüber der konkreten Ausgestaltung des alternativen Neuen spiegelte vor allem der grüne Gründungsslogan „nicht rechts, nicht links, sondern vorn“ anschaulich wider. Die Einsicht in die Überlebtheit traditioneller Kategorien eröffnete einerseits den Blick auf neue Koalitionen, die den neuartigen Herausforderungen möglicherweise mit adäquateren Mitteln begegnen konnten als die herkömmlichen Problemlösungsmuster. Andererseits unterstrich er, dass der grüne Gründungskonsens ein zunächst negativ formulierter war, der sich gegen eine Reihe von Wertvorstellungen und Überzeugungen der „Mehrheitsgesellschaft“ richtete. Als sich die Partei in die Niederungen des politischen Alltags, vor allem in die Parlamente begab, waren jedoch positiv konnotierte Konzepte gefragt. Gleichzeitig wurden die im Gründungskonsens übertünchten Spannungen offensichtlich und führten zu harten Zerreißproben, die mit Austritten und Abspaltungen, zunächst vor allem von konservativer Seite, einhergingen. Dieser Transformationsprozess ließ die Grünen schließlich zu der linken Milieupartei werden, die wir aus den Debatten der 1980er und 1990er Jahre kennen.

4. Fazit

Die Gründungsgrünen waren eine charakteristische Formation der 1970er und frühen 1980er Jahre, die so nicht von Dauer war; im Laufe ihrer mehr als dreißigjährigen Geschichte veränderte sich die Partei häufig. Die frühen Grünen nahmen zahlreiche Themen und Tendenzen auf, die ihren Entstehungszeitraum charakterisierten. Allen voran spiegelten sie die tiefe Verunsicherung wider, die Politik und Gesellschaft der 1970er Jahre auf vielen Feldern prägte. Allerdings war keinesfalls alles neu, was die Grünen thematisierten. Der Blick auf diese ideengeschichtlichen Traditionen veranschaulicht beispielhaft, wie sehr die Themen, Debatten und Akteure der 1970er Jahre in einen weiter gespannten zeitlichen Zusammenhang eingebunden waren. Dieser Befund führt ins Zentrum einiger Herausforderungen und Debatten, die ihren Ausgang in den 1970er Jahren nahmen und noch heute die bundesdeutschen Befindlichkeiten prägen. Dazu gehört ein verändertes Verhältnis zu „Staat“ und „Staatlichkeit“ und dessen planerischem Zugriff auf Gesell-

schaft ebenso wie ein gewandeltes Verständnis von „Wachstum“ als zentralem Wert westlicher Gesellschaften. Dies wiederum brachte eine Neubeziehungsweise Re-Definition von „Fortschritt“ mit sich und signalisierte eine deutliche Veränderung im Rechts-Links-Denken. Insofern lassen sich die frühen Grünen tatsächlich als Spiegel und Motor zentraler ideengeschichtlicher Wandlungsprozesse in Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik seit den 1970er Jahren beschreiben. Der mit Blick darauf postulierte „Strukturbruch“ allerdings erscheint auch vor diesem Hintergrund weniger als glatte Zäsur denn als ein differenziert zu betrachtender Wandel, in dem sich Altes und Neues überlappten.